

NIEDERSCHRIFT

211. Sitzung des Planungsausschusses
des Regionalen Planungsverbands München am 02.03.2010
im Alten Rathaus der LH München

- Öffentlich -

Beratungsgegenstände:

1. Zukunft der Landes- und Regionalplanung
2. Arbeitsprogramm 2010
3. Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung

Hier: Gashochdruckleitung Burghausen – Finsing
4. Wiederaufgreifen Verbindlicherklärung der Ziele RP 14 B V Z 5.2 und Z 5.3, 2. Halbsatz
5. Verschiedenes

Vorsitz	OB Ude
Planungsausschuss	StR Dr. Assal StR Bickelbacher/LH München StR Brannekämper/LH München Stv. LR Dr. Braun/Lkr. Fürstenfeldbruck 1. Bgm. Dworzak/Gemeinde Haar 1. Bgm. Göbel/Gemeinde Gräfelfing 1. Bgm. Gotz/Stadt Erding StRin Hacker/LH München Verw.Dir Kellner/LH München 1. Bgm. Dr. Kränzlein/Gemeinde Puchheim 1. Bgm. Krötz/Gemeinde Rott StR Dr. Kronawitter/LH München StR Dr. Mattar/LH München Stadtbaurätin Prof. Dr. Merk/LH München 1. Bgm. Monn/Gemeinde Berg StRin Rieke/LH München LR Roth/Lkr. Starnberg LRin Rumschöttel/Lkr. München 1. Bgm. Schelle/Gemeinde Oberhaching StR Schmid/LH München 1. Bgm. Schneider/Gemeinde Neufahrn KR Sterr/Lkr. Erding StRin Tausend/LH München StR Zöllner/LH München
Regierung von Oberbayern	ORRin Freifrau Loeffelholz von Colberg RD Winter
StMWIVT	MR Veit
Gemeinde Fraunberg	1. Bgm. Wiesmaier
Geschäftsstelle	Geschäftsführer Breu
Sitzungsdauer	14:05 Uhr bis 15:05 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 Zukunft der Landes- und Regionalplanung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Inhalte der Drucksache 01/10. Ein Landrat der Region habe sich in der Presse der Meinung des ehemaligen Ministers Erwin Huber angeschlossen, die Regionalen Planungsverbände abzuschaffen.

Gotz versichert, er spreche nicht für den vom Vorsitzenden erwähnten Landrat, sondern für die Gemeinden und die Stadt Erding. Die ablehnende Haltung des Landrats des Landkreises Erding sei damit zu erklären, dass 1992 in den Landkreisen Erding und Freising ein Flughafen angesiedelt worden sei. Bei nahezu allen Entscheidungen - von der Staatsregierung bis hin zu den Planungsverbänden - sei das Umland des Flughafens überstimmt worden. Die Wünsche aus dem Landkreis hätten keine Berücksichtigung gefunden, bisher habe sich kaum Gelegenheit ergeben, auf diesen Misstand hinzuweisen.

Er selbst könne sich zwar mit dem Beschlussvorschlag arrangieren, es sollte jedoch zumindest für das Protokoll festgehalten werden, dass strukturelle und inhaltliche Änderungen in der Arbeit des Regionalen Planungsverbands erforderlich sind. Gotz plädiert für eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit, auch im Rahmen der Regionalplanung. Das, was er derzeit in der Stadt Erding bei geplanten Einzelhandelsansiedlungen erlebe, passe dazu nicht. Gegenüber dem Landesentwicklungsprogramm müsse in dieser Hinsicht die Position der Städte und Gemeinden gestärkt werden. Sie entscheiden verantwortungsbewusst, wenn sie Einzelhandelsansiedlungen brauchen, um wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze zu ermöglichen. Ihm gehe es darum, für die Aufgaben der kommunalen Entwicklung Unterstützung im Regionalen Planungsverband zu bekommen.

Seit 1992 gebe es den Flughafen, der immer noch nicht erschlossen sei. Der Ausbau der Infrastruktur sei überfällig. Weil der Staat nicht über unbegrenzte Mittel verfüge, gebe es in dieser Hinsicht Vorbehalte gegen die Olympiabewerbung der Landeshauptstadt München. Auch wenn er ihr, wie jeder vernünftige Bürger, von Herzen Erfolg wünsche, müsse er darauf hinweisen, dass Gelder dafür nicht zu Lasten des Infrastrukturausbaus am Flughafen gehen dürfen.

Sterr schließt sich als Mitglied des Kreistags von Erding im Wesentlichen den Worten von Gotz an. Auch er ist der Auffassung, dass in einigen Punkten der Landes- und Regionalplanung Handlungsbedarf bestehe. Insbesondere sei die kommunale Beteiligung zu wenig gewährleistet. Landesplanerische Regelungen zum Einzelhandel sollten nur regionale bedeutsame Vorhaben erfassen und nicht jedes kleine Vorhaben. Denn damit werde die kommunale Planungshoheit oft ausgehebelt. Der Landkreis Erding habe auch vielfach die negativen Seiten der Stadt München mit zu kompensieren, er denke an den

Verkehrsbereich. Manche im Landkreis dächten auch an eine Neuordnung der Planungsregion München, damit die Flughafenregion Erding/Freising besser und stärker gewichtet werde. Die Crux sei das Landesentwicklungsprogramm generell.

Als ehemaliger Bürgermeister von Dorfen wisse er, dass der Planungsverband das dortige Gewerbegebiet nicht verhindert habe und auch nicht verhindern wolle. Aber die Regierung lehne das Ganze ab, weil das Landesentwicklungsprogramm dagegen stehe.

Der Vorsitzende äußert Verständnis für die Enttäuschung, wenn jemand in einem Gremium in den für ihn wichtigen Fragen keine Mehrheit findet.

Regionalplanung und regionale Entwicklung seien allerdings jetzt schon in kommunalen Händen. Der Regionale Planungsverband sei zu 100 % kommunal. Die Verantwortung für mangelnden Einfluss bei Flughafen und seiner Anbindung liege beim Freistaat Bayern, der Mehrheitsgesellschafter der Flughafengesellschaft und zuständiger Aufgabenträger für die Verkehrsanbindung sei. Er verstehe nicht, wie man aus einer Unzufriedenheit über die Flughafenentwicklung die Schlussfolgerung ziehen könne: „Ich sage Nein zur kommunalen Regionalplanung“. Damit würde man sich zu 100 % dem Freistaat ausliefern, der dann auch noch die Regionalplanung übernehmen würde. Mit dieser Schlussfolgerung komme er unabhängig von politischen Meinungen nicht zurecht.

Das erklärte Ziel von Huber sei doch, die Regionalen Planungsverbände abzuschaffen. Ihre Aufgaben würden dann Staatsbehörden wahrnehmen, also weisungsgebundene Behörden des Freistaats Bayern – dem Antragsteller des Flughafenverfahrens und Verantwortlichen für die Flughafen-anbindung. Darin sehe er keinen Fortschritt für die Flughafenregion Erding/Freising. Davon unabhängig habe er Verständnis für die Bedenken und Widerstände im Flughafenumland.

Breu weist auf den vorletzten Satz im Beschlussvorschlag hin: „Der Regionale Planungsverband München steht einer Diskussion über die derzeitigen Strukturen der Landes- und Regionalplanung aufgeschlossen gegenüber.....“ Das sei doch eigentlich, was Gotz meine.

Er erläutert, dass die Vorgaben für das Thema Einzelhandel nicht vom Regionalen Planungsverband erstellt werden, sondern im Landesentwicklungsprogramm detailliert geregelt werden. 80 % des Ärgers in der Raumordnung kämen vom Einzelhandel. Dafür sei der Freistaat Bayern mit der missglückten Regelung für die Einzelhandelsgroßprojekte verantwortlich.

Der Planungsausschuss habe sich ja bereits in der Sitzung im April 2009 mit einem gemeinsamen Papier des Regionalen Planungsverbands und den kommunalen Spitzenverbänden zur Reform dieses LEP-Ziels befasst. Gerade der Regionale Planungsverband habe sich z. B. in Dorfen sehr stark für kommunal vernünftige Planungen eingesetzt. Er bittet herzlich darum, den Regionalen

Planungsverband und das Landesentwicklungsprogramm auseinander zu halten. Der Regionale Planungsverband unterstütze in weiten Bereichen die kommunale Haltung gegenüber dem Freistaat Bayern.

Aus einer Umfrage habe sich ergeben, dass bei den kleineren Gemeinden Unmut darüber herrscht, dass der Planungsausschuss mehr Kompetenzen habe als früher, und die Verbandsversammlung nicht mehr eingebunden sei. Das sei nicht der Wunsch des Regionalen Planungsverbands gewesen, sondern das Ergebnis der letzten Reform Stoiber/Huber zur Landesplanung. Um die Verfahren zu verschlanken, habe man auf weniger Partizipation der Gemeinden gesetzt. Dass das nicht überall gut ankommt, wisse er. Dies wäre ein Punkt, den man mit einer Reform der Landesplanung wieder verbessern könnte.

Kränzlein rügt die zeitweise gepflegte Langweile und Diskussionsunfreudigkeit im Planungsausschuss. Themen wie eine Gashochdruckleitung Burghausen-Finsing reißen ihn nicht vom Hocker. Er sei der Meinung, dass zu wenig perspektivisch im Planungsverband gearbeitet werde, und oft nur reagiert werde.

Allerdings sei er auch der Meinung, dass in den Bereichen Einzelhandel, Siedlungsentwicklung, Flughafen in Fürstenfeldbruck und Oberpfaffenhofen die Regionalplanung immer zu recht guten Ergebnissen gekommen sei.

Die kommunale Planungshoheit alleine berge auch eine Gefahr. Er sei heilfroh, dass man die Regionalplanung hätte. Als Bürgermeister benötige man manchmal auch die Möglichkeit, mit einem Regionalen Grünzug oder ähnlichem zu arbeiten, damit nicht bedingungslos Siedlungsentwicklung gemacht werde. So abgewogen wie das jetzt laufe, sei das gut.

Würde der Gesetzgeber den Regionalen Planungsverband wirklich abschaffen, dann müsste man sich eine eigene andere Planungsbasis schaffen. Dann hätte man aber auch weniger Einfluss – deshalb wäre es Unsinn, auf die abgestimmte Regionalplanung zu verzichten.

Einiges könnte aber besser werden, natürlich habe die Stadt München großen Einfluss, z. B. in der Frage der MVV-Optimierung im Westen der Region, wo man abgeschmettert wurde. Über die Münchner Probleme werde natürlich immer ausführlich geredet, weil es das Zentrum sei, auch über kleine Schmerzen mit den Münchnern im Umland, das gebe er gerne zu.

Er schlägt eine Optimierung der Verfahren im Regionalen Planungsverband vor. Entsprechende Verbesserungsvorschläge sollten separat erarbeitet werden.

Schneider gibt Kränzlein Recht und betont, es liege an den Mitgliedern des Planungsausschusses selbst, eine solche Reform des Regionalen Planungsverbands voranzutreiben. Er stehe hinter den Forderungen nach Reformbedarf und Reformvorschlägen. Das solle man jedoch auseinanderhalten von einer

Parole nach Abschaffung der Planungsverbände. Das würde die kommunale Mitsprache stark verringern.

Der Tenor müsse vielmehr sein: Die Reform des Regionalen Planungsverbands sei von den Mitgliedern voranzutreiben, die Regionalplanung müsse in kommunaler Hand bleiben.

Gotz verdeutlicht noch einmal, dass es ihm nicht darum gehe, das Tischtuch zu zerreißen oder ähnliches. Vielmehr lege er Wert darauf, dass die von ihm gemachten Vorbehalte und Reformforderungen im Protokoll niedergelegt werden und eine Reform des Regionalen Planungsverbands in die Wege geleitet werde. Er sei zur Zusammenarbeit dabei bereit.

Göbel betont, es gehe heute nicht um Einzelfall bezogene oder emotionale Diskussionen um den Regionalen Planungsverband, sondern darum, ob die Regionalplanung in Zukunft bei den Kommunen bleibe oder auf staatlicher Ebene laufe. Selbstverständlich sei sie in den Bauleitplanungen einer Gemeinde einzuhalten und schränke insoweit das kommunale Selbstverwaltungsrecht und die Planungshoheit ein. Die kommunale Antwort darauf könne ja nur sein, dass die Regionalplanung in kommunaler Verantwortung bleiben müsse.

Wie sie ausgestaltet sei, sei keine Frage des heutigen Beschlusses. Heute sei die Frage: „Wollen wir, dass die Planungshoheit in kommunaler Hand bleibt, oder nicht. Und das sollten wir wollen.“

Sterr bekräftigt seine Wortmeldung, weist ebenfalls darauf hin, dass sich die kommunale Familie weitgehend einig sei. Die Diskussion sei angestoßen worden und er plädiere dafür, das Thema Reformen im Regionalen Planungsverband nicht vom Tisch zu wischen, sondern aufzugreifen.

Der Vorsitzende schlägt auf der Grundlage der Diskussion und der Forderungen nach Reformen im Planungsverband einen entsprechenden Ergänzungssatz Ziff. 4 in der Resolution vor.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Planungsausschuss beschließt die folgende Resolution und empfiehlt sie auch der Verbandsversammlung im Juni 2010 zu beschließen:

„Regionalplanung und Regionalentwicklung muss in kommunalen Händen bleiben. Der Regionale Planungsverband München muss gestärkt werden.

Zu den Überlegungen der Staatsregierung, die Regionalplanung und Regionalen Planungsverbände erneut einer Reform zu unterziehen, erklärt der Regionale Planungsverband München:

1. Angesichts der Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung in der Region München ist eine gemeinsam regional abgestimmte und kommunal getragene Planung unerlässlich. Das betrifft vor allem die Themen, die sich überörtlich und über Landkreisgrenzen hinweg auswirken:
 - ⇒ Eine abgestimmte Siedlungs- und Freiraumentwicklung, die die Herausforderungen eines wärmer werdenden Klimas berücksichtigt.
 - ⇒ Eine Verkehrsentwicklung sowohl im motorisierten Individualverkehr wie auch im öffentlichen Personennahverkehr, die mit den Siedlungsstrukturen abgestimmt ist (der Verkehr wird in der Region München sehr stark zunehmen).
 - ⇒ Regional abgestimmte Vorschläge zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels (der Regionale Planungsverband München hat bereits 2004 ein regionales Einzelhandelskonzept erarbeiten lassen).
 - ⇒ Die langfristige Sicherung des Trinkwassers und von Abbaumöglichkeiten für Bodenschätze, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu erhalten.
 - ⇒ Regenerative Energien müssen forciert ausgebaut werden (z. B. Photovoltaik).

Diese Themen sind auch vor dem Hintergrund weiter zunehmender Einwohner und Arbeitsplätze und zunehmender Verflechtung aller Räume in der Region München besonders drängend. Ohne regional abgestimmte Entwicklung und Konzepte würde die Region München im internationalen Wettbewerb zurückfallen und könnte ihre herausragende wirtschaftliche Bedeutung für den gesamten Freistaat Bayern nicht mehr so erfüllen wie jetzt.

2. Eine Abschaffung des Regionalen Planungsverbands München kommt nicht in Frage. Die Regionalplanung muss in kommunalen Händen bleiben. Eine völlige Verstaatlichung, sei es in der Landesplanung oder in staatlichen Fachplanungen, verstößt gegen den Grundsatz der Subsidiarität. Mehr Staat statt weniger Staat wäre die Folge, ebenso mehr Bürokratie.

Kommunale Träger der Regionalplanung müssen die Gemeinden und Städte mit ihrer verbürgten kommunalen Planungshoheit zusammen mit den Landkreisen sein. Keine einzelne kommunale Ebene darf die anderen Ebenen dominieren.

3. Der gesellschaftliche Wandel erfordert mehr Regionalität. Der Regionale Planungsverband München steht einer Diskussion über die derzeitigen Strukturen der Landes- und Regionalplanung aufgeschlossen gegenüber. Die Regionalen Planungsverbände benötigen, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft in ihrer Region zu fördern, mehr Abweichungsmöglichkeiten vom landesweiten Entwicklungsprogramm.
4. Die Reform des Regionalen Planungsverbands München und seiner Arbeit soll auf der Grundlage der Bedenken und Anregungen aus der Planungsausschusssitzung vom 02.03.2010 in einer gesonderten Sitzung noch 2010 erörtert werden.“

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimmen.

TOP 2 Arbeitsprogramm 2010

Der Vorsitzende verweist auf die den Ausschussmitgliedern vorliegende Drucksache 02/10.

Der zu TOP 1 beschlossene Zusatzpunkt 4 müsse selbstverständlich noch in das Arbeitsprogramm aufgenommen werden. Die Bedenken und Anregungen aus der Flughafenregion werden in einer gesonderten Vorlage behandelt.

Abstimmung: Das Arbeitsprogramm wird mit der vom Vorsitzenden angesprochenen Ergänzung einstimmig gebilligt (siehe Anlage).

TOP 3 Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung

hier: Gashochdruckleitung Burghausen - Finsing

Der Vorsitzende weist auf die Drucksache 03/10 hin.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Regionale Planungsverband München stimmt dem Bau einer neuen Gashochdruckleitung Burghausen – Finsing in der Region zwischen Sankt Wolfgang und Finsing auf der Vorzugsvariante zu. Die Variante „Isen-Nord“ wird abgelehnt.

Die Feintrassierung soll mit den betroffenen Kommunen und ihren Entwicklungsplanungen abgestimmt werden.

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimmen.

**TOP 4 Wiederaufgreifen Verbindlicherklärung der Ziele
RP 14 B V 5.2 und Z 5.3, 2. Halbsatz**

Vertagt.

TOP 5 Verschiedenes

Der Vorsitzende stellt fest, es gebe dazu keine Wortmeldungen.
Er dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführerin

OB Ude

Sandner
Verw.Angestellte